



Beschwerden nehmen zu

Nicht nur im O-Dorf, auch in anderen Stadtteilen klagen Anrainer über massive Probleme mit Tauben. Seite 24 Foto: TT



Die Gemeindeführung der Bezirkshauptmannschaft Kufstein verlangt die Aufhebung eines Beschlusses des Ellmauer Gemeinderates. Foto: Otter

Anzeige als Revanche für Opposition

Ellmauer Gemeinderat muss auf Anweisung der Aufsichtsbehörde die Ausschüsse neu regeln. Auslöser ist eine anonyme Anzeige.

Von Wolfgang Otter

Ellmau – Aufsichtsbeschwerden sind an und für sich nichts Ungewöhnliches. Auch nicht in Ellmau. Gerade die Opposition setzte diese oft ein, um sich Gehör zu verschaffen und Beschlüsse des Gemeinderates zu kippen. Der Ellmauer Fall ist etwas anders. Zum einen ist die Aufsichtsbeschwerde anonym und zum anderen gegen die Opposition gerichtet. Daher munkt man hinter vorgehaltener Hand von einer Retourkutsche gegen die Liste PLUS. Ihr wurde in einer Sitzung von einer breiten Mehrheit der Mandatäre ermöglicht, Ersatzgemeinderäte als Zuhörer ohne Stimmrecht, aber mit Rede- und Frage-recht versehen in vier Ausschüsse zu entsenden. Der Gruppierung, die bei den Gemeinderatswahlen ein Mandat erreicht hat, steht eigentlich kein Ausschuss-Sitz zu. Lediglich PLUS-Gemeinderat Gerhard Pohl darf „als Zuhörer bei allen Sitzungen dabei sein“, sagt er zur TT. Das würde allerdings die zeitlichen Möglichkeiten sprengen, da-

her habe er einen Dringlichkeitsantrag gestellt, dass er Listenmitglieder benennen darf, die statt seiner im Ausschuss mitreden.

Die Vorgangsweise ist nicht neu in der Kaisergemeinde. Bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode wurde die gleiche Teilnahme einer Gruppierung ermöglicht. „Mir geht es darum, dass die Kommunikation erhalten bleibt“, erklärt Bürgermeister Klaus Manzl. Und wenn jemand bereit sei, seine Freizeit in einem Ausschuss zu opfern, um im Sinne des Dorfes mitzureden, sei dies positiv.

Das sah aber der oder die Anzeiger(in) anders und bekam von der Aufsichtsbehörde bei der Bezirkshauptmannschaft Kufstein Recht. Diese Regelung ist im Gesetz nicht vorgesehen. Möglich sei nur, Experten zu einem bestimmten Punkt hinzuzuziehen. Daher muss der Gemeinderat den Beschluss aufheben. Wie die Ellmauer danach weitermachen, ist offen. Aber auch in anderen Gemeinden dürfte die Entscheidung für Diskussionen sorgen.

Gegen den Mülltourismus: IKB regeln Zutritt neu

Nur mehr tatsächlich Berechtigte sollen in der Rossau ihren Müll entsorgen können. Für den Bau eines zweiten Recyclinghofs liegt kein Auftrag vor.

Von Denise Daum

Innsbruck – Mit etwas Kreativität oder einer überzeugenden Geschichte könnte wohl jeder Tiroler seinen Müll in der Innsbrucker Rossau abgeben. Denn das einzige Einlass-Kriterium ist, mit einem Auto einzufahren, das ein Innsbrucker Kennzeichen hat. Berechtig sind zudem Bürger aus Natters und Am-pass, deren Gemeinden eine Kooperationsvereinbarung mit den Innsbrucker Kommunalbetrieben (IKB) abgeschlossen haben.

Dass die aktuelle Reglementierung Raum für Missbrauch offenlässt und ein Mitgrund für die Überlastung des Systems ist, wissen auch die Zuständigen bei den IKB. Deshalb wird derzeit an einem neuen Zutrittssystem gearbeitet. Ergebnisse sollen bis zum Sommer vorliegen. IKB-Vorstand Thomas Pühringer erwartet sich dadurch um ein Fünftel weniger Zutritte. An Spitzentagen werden in der Rossau 1200 Einfahrten gezählt. Die frequenzstärksten Tage sind Montag, Freitag und Samstag, die beliebteste Entsorgungszeit ist zwischen 11 und 12 sowie zwischen 16 und 17 Uhr.

Für den Bau eines zweiten Recyclinghofs, wie ihn der Gemeinderat mehrheitlich beschlossen hat, liegt den IKB indes kein vollständiger Auftrag vor. „Es fehlt die Finanzierung“, erklärt Thomas Pühringer und verweist auf die letzte Kostenschätzung in der Höhe von rund 12 Milli-



Wer ein Innsbrucker Kennzeichen am Auto hat, darf in den Recyclinghof in der Rossau einfahren und seinen Müll abladen. Dieses nicht ganz treffsichere Zutrittssystem soll verbessert werden. Foto: IKB

onen Euro. Als Aktiengesellschaft brauchen die IKB für derartige Bauvorhaben einen Beschluss vom Aufsichtsrat. Ohne Finanzierung sei dafür aber keine Mehrheit zu bekommen, betont Pühringer. Wofür die 750.000 Euro verwendet werden sollen, die für das Projekt im Stadtbudget 2022/23 berücksichtigt sind, ist dem IKB-Vorstand nicht klar. „Mit uns wurde darüber nicht gesprochen. Wir wissen nicht, wie der Betrag zustande kommt und was damit gemacht werden soll“, erklärt Pühringer.

Auch über die von Bürgermeister Georg Willi (Grüne) ins Spiel gebrachte „abge-

speckte Variante“ einer Entsorgungsstation im Westen liegen den IKB keine konkreten Informationen vor (es gibt auch keinen Gemeinderatsbeschluss dazu). Stadträtin Christine Oppitz-Plörer (Für Innsbruck) fordert indes, endlich die Öffnungszeiten in der Rossau zu verlängern. „Es braucht ein Angebot an den Randzeiten für Berufstätige“, betont Oppitz-Plörer. Etwa einmal in der Woche bereits ab 6 Uhr und einmal bis 20 Uhr. „Wir sind damit aber bislang an den IKB gescheitert, vielleicht hat ja der Bürgermeister mehr Erfolg“, sagt Oppitz-Plörer in Replik auf Willis mehrmalige

Ankündigung, die Öffnungszeiten am Recyclinghof ausweiten zu wollen.

Vorstand Thomas Pühringer erklärt, dass die IKB sehr wohl Interesse an einer Ausweitung der Öffnungszeiten haben. Nur sei das nicht von heute auf morgen umzusetzen. Zum einen verweist Pühringer auf die angespannte Lage am Arbeitsmarkt, zum anderen auf die logistische Herausforderung. Der Recyclinghof ist schließlich nicht die letzte Station des Mülls. Die budgetierten 750.000 Euro könnten für eine Ausweitung des Angebots in der Rossau verwendet werden, schlägt Pühringer vor.

Reden über Komatrinken und Vandalismus

Innsbruck – Gewalttaten unter Jugendlichen verhindern und strafbare Delikte vermeiden: Das sind die Ziele des vom Landespolizeikommando initiierten Projekts „Bleib sauber – Jugend OK“, das in allen Tiroler Bezirken durchgeführt wird. Auch das Stadtpolizeikommando Innsbruck und die Stadt beteiligen sich daran. In Schulklassen wird unter der Einbindung von Jugendzentren, Eltern, der Staatsanwaltschaft bzw. von Kinder- und Jugend-

anwälten wichtige Präventions- und Aufklärungsarbeit geleistet. Dabei werden Problemstellungen wie Koma-

trinken, Vandalenakte, Körperverletzungen, Diebstahl, Suchtmittelmissbrauch sowie richtiges Verhalten im Stra-

ßenverkehr thematisiert.

Zwei Klassen – die 4a der MS Gabelsbergerstraße sowie die 4e der MS Olympisches Dorf – wurden nun für ihr hohes Engagement mit einer Urkunde ausgezeichnet, dazu gab es auch einen Scheck für die Klassenkasse: „Die Schülerinnen und Schüler sind sehr aufgeschlossen und machen von dem Angebot ausgiebigen Gebrauch“, erklärt der Leiter des Kriminalreferates der Stadtpolizei, Christoph Kirchmair. (TT)



Die 4a der MS Gabelsbergerstraße freut sich mit Christoph Kirchmair (Stadtpolizei, 2. v. l.) und Vize-BM Johannes Anzengruber über die Urkunde. Foto: IKM

TONI Fleischeslust

„Der Abschied vom Fleisch für a bessers Klima fällt die Franzosen bsondrs schwer. In Pariser Kantinen gibt's iatz zwoamal die Woche nur vegetarischs Essen. Des sind im Jahr zehn Millionen ‚leere‘ Teller.“



KURZ ZITIERT

„Für das Blasmusik-Bundesmusikfest in Reutte werden 500 freiwillige Helfer benötigt!“

Karlheinz Scheiber

Der MK-Obmann über die schwierige Suche im Außerfern Bezirkshauptort.

ZAHL DES TAGES

1655

Meter. In der höchstgelegenen Gemeinde Österreichs, auf 1655 Metern Seehöhe in Spiss, baut die Neue Heimat derzeit ein Rekordprojekt.

SO FINDEN SIE

Horoskop Seite 28
Sonderseiten Bier Seite 25
Wetter Seite 28

Mail Lokalredaktion lokal@tt.com
Telefon TT-Club 05 04 03 - 1800
Telefon Abo 05 04 03 - 1500
Fax Service 05 04 03 - 3543

Tiroler Tageszeitung

Aktuelle Berichte aus der Welt der Mobilität

Mehr zu Auto und Motor finden Sie auf tt.com

www.tt.com/auto